

Wahlversprechen

Dr. Janusz Rat über das Gebaren von Politikern

Sind die Zukunftsaussichten in Deutschland nicht toll? Wahlversprechen der Parteien versuchen uns zu suggerieren, dass der Staat schon alles richten wird. Die virtuelle Gelddruckmaschine läuft auf vollen Touren. Dabei setzen die Parteien auf das kurze Gedächtnis der Wähler.

Denken wir vier Jahre zurück. Da kündigte die rot-grüne Regierung unter Schröder eine Mehrwertsteuererhöhung von 16 Prozent auf 18 Prozent an. Prompt folgte ein protestierender Aufschrei der damaligen Bundeskanzlerkandidatin Merkel: 18 Prozent seien viel zu hoch, 17 würden reichen. Und dann? Kaum an der Macht, beschloss die schwarz-rote Koalition eine Erhöhung der Mehrwertsteuer auf 19 Prozent. Wie soll man solchen Parteien vertrauen?

Kopfpauschale, Bürgerversicherung und dann?

Gesundheitsfonds, als Kompromiss der schlechtesten Komponenten beider Konzepte. In Bayern protestiert die Landes-CSU, fordert die Abschaffung dieses Monsters. Und im Bund? Da erwies sich die CSU-Landesgruppe als treuer Koalitionspartner! Alle noch so berechtigten Argumente gegen den Fonds hatten keine Chance gegen einen möglichen Bruch der Koalition. Schließlich hatte die Bundeskanzlerin den Gesundheitsfonds zur Chefsache gemacht. Wer hat denn nun das Sagen in der CSU? Die Landesgruppe im Bundestag, die Landtagsfraktion in Bayern oder Seehofer und der Parteivorstand? Wie soll man solch einer Partei vertrauen?

Jahrelang, ja jahrzehntelang wurden der ärztliche und zahnärztliche Berufsstand durch immer mehr Regularien in den Sozialgesetzbüchern drangsaliert. „Lohnnebenkosten“, „Kostenexplosion“. Um jede Milliarde, ja Million, wurde gefeilscht, immer mehr Kontrollen implementiert. Bei der Rettung der Hypo Real Estate Bank hieß es jedoch, sie sei „systemrelevant“. Gilt das für das Gesundheitswesen etwa nicht? Die Werte haben sich in unserer Gesellschaft nicht verschoben, aber mögliche Stimmengewinne stehen bei den Parteien im Vordergrund. Wie soll man da der Politik vertrauen?

Bereits Konrad Adenauer versprach 1957 jährliche Rentenerhöhungen, die im Folgejahr schon wieder ausgesetzt wurden. Auch Helmut Kohl (1990: keine Steuererhöhungen wegen der Deutschen Einheit) und Gerhard Schröder (2002: Steuererhöhungen sind unsinnig) wurden nach der Wahl der Lüge überführt. Und jetzt? Die Parteien überbieten sich in ihren Versprechungen auf Steuersenkungen.

Politik muss berechenbar sein

Den Ärzten wurden vor der Gesundheitsreform zehn Prozent höhere Honorare versprochen. Jetzt heißt es: „Kein Arzt darf mehr als zehn Prozent Honorar verlieren!“ Das BMG stellt uns einen Honorarzuwachs durch seine GOZ-Novelle in Aussicht. Vorsätzlich verschwiegen wird, welches Honorarvolumen uns auf anderen Wegen, zum Beispiel durch Abrechnungseinschränkungen, verloren ging, von der Inflation ganz zu schweigen! Wähler belohnen bekanntlich nicht für vergangene Politik, sondern fällen ihre Wahlentscheidung danach, welche Partei ihm die größeren Illusionen verspricht – um sie anschließend nicht einzuhalten. Politik muss berechenbar und verlässlich sein, sonst ist es kein Wunder, wenn die Politikverdrossenheit wächst. Eine immer geringere Wahlbeteiligung ist die Folge. Trotzdem – Wählen heißt, das kleinere Übel zu wählen. Die ideale Partei gibt es nicht – in den Augen der Parteien natürlich schon. Aber eine große Koalition war schon immer der schlechteste aller möglichen Kompromisse. Wir Zahnärzte, mit unseren Familienangehörigen, Angestellten und kooperierenden Betrieben, bilden zusammen mit den Ärzten und Heilberufsangehörigen eine bedeutende Wählergruppe. Füllen wir diesmal unsere Wahlentscheidung nach unseren ethischen Maßstäben!

Dr. Janusz Rat
Vorsitzender des Vorstandes der
Kassenzahnärztlichen Vereinigung Bayerns